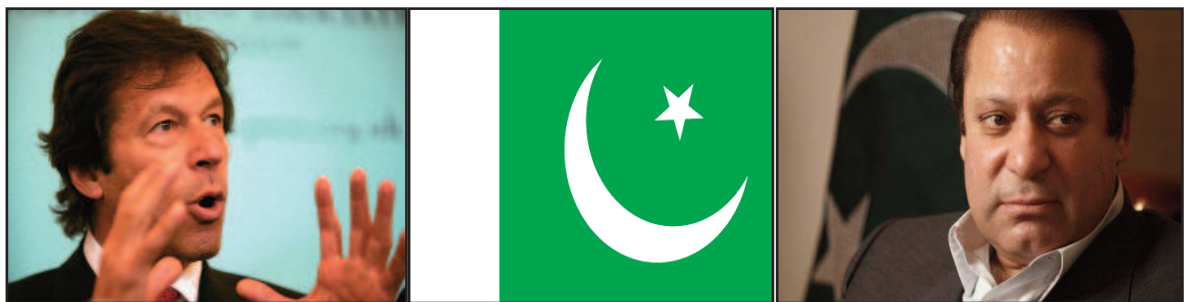


# Wahlen in Pakistan 2013

## Nawaz Sharif – “Third time lucky?”



**DOI-Kurzanalysen**  
Ausgabe August 2013

**Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation**  
**-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-**

gegründet / founded by NUMOV 1960

Sonia Khawaja und Sebastian Sons  
**Wahlen in Pakistan 2013**  
Nawaz Sharif – “Third time lucky?”

**Einleitung**

„Third time lucky?“ titelte der *Economist*, als Nawaz Sharif am 11. Mai 2013 zum dritten Mal zum Premierminister Pakistans nach 1993 und 1997 gewählt wurde.<sup>1</sup> In Pakistan herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Wahlen von historischer Bedeutung waren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Zuge der Wahlen zum ersten Mal ein demokratischer Regierungswechsel nach einer vollendeten Legislaturperiode vollzogen wurde. Darüber hinaus haben sich die Parteienlandschaft und damit die Kräfteverhältnisse im Land nachhaltig verändert.

In diesem Jahr hatte sich Nawaz Sharif erneut zu den Wahlen zum Premierminister für seine Partei, die Pakistan Muslim League-N (PML-N) aufstellen lassen. Als wichtigste Kontrahenten standen ihm die Pakistan Peoples Party (PPP) und Imran Khans Tehreek-e-Insaf (PTI) gegenüber. Im Vorfeld warben alle Parteien um Wählerstimmen, indem sie den Kampf gegen die Korruption, die Stabilisierung der Sicherheitslage und die Überwindung der Energiekrise proklamierten. Wie bei den meisten vorhergehenden Wahlen zeigte sich, dass Parteizugehörigkeit sehr stark von der regionalen Herkunft der Wählerschaft und der Spitzenkandidaten abhängt. Zum Beispiel wählte der Punjab, die Provinz in der Nawaz Sharif aufgewachsen ist, vor allem die PML-N.

Sharif werden aufgrund seiner Vergangenheit als Unternehmer gute Chancen eingeräumt, die katastrophale wirtschaftliche Situation Pakistans zu verbessern. Ob es ihm jedoch gelingt, nachhaltige Lö-

sungsansätze zu implementieren und die Sicherheitslage zu stabilisieren, bleibt fraglich. So steht Pakistan auch unter Nawaz Sharif vor gravierenden Herausforderungen.

**Pakistan in der Dauerkrise**

Das Land leidet nicht nur unter wirtschaftlicher Rezession, hoher Arbeitslosigkeit und grassierender Armut, sondern auch unter häufigen Stromausfällen, einer maroden Infrastruktur, einem korrupten Verwaltungssystem sowie einem ineffizienten Gesundheits- und Bildungssektor. Zusätzlich destabilisiert die fragile Sicherheitslage im Grenzgebiet zu Afghanistan, die diversen Konflikte in Baluchistan oder Karachi sowie das traditionell belastete Verhältnis zu Indien und Afghanistan den innergesellschaftlichen Zusammenhalt. In der internationalen Öffentlichkeit wird Pakistan als Bedrohung der regionalen Stabilität bzw. als „sicherer Hafen“ für jihadistische Islamisten gesehen, die vom Militär und dem Geheimdienst ISI unterstützt oder zumindest geduldet werden, ohne das ernsthafte Versuche unternommen werden, die terroristische Gefahr einzudämmen.

Experten bezeichnen Pakistan als „gescheiterten Staat“, dessen Atomwaffen schnell in die falschen Hände geraten könnten, was zu einer internationalen Krise führen könnte. Auch wenn diese Worst-Case-Szenarien sicherlich einer gewissen emotionalen Hybris unterliegen und darüber die vielen zivilgesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Initiativen negiert werden, die dazu beitragen sollen, Pakistan sicherer, wohlhabender und pluralistischer aufzustellen,

<sup>2</sup> Vgl. *The Economist*: Third Time Lucky, 12. Mai 2013, <http://www.economist.com/blogs/banyan/2013/05/pakistan-election-0>, abgerufen am 30.07.2013.

so sieht sich Sharif dennoch einer Vielzahl an Problemen gegenüber, die er mit mehr Ernsthaftigkeit und mehr Konsequenz bearbeiten muss als in der Vergangenheit.

### Nawaz Sharif: Hoffnungsträger oder Vertreter der alten Elite?

Ob ihm dies gelingt, muss allerdings bezweifelt werden, da Sharif selbst als integraler Bestandteil einer politischen Elite in Pakistan gesehen werden muss, die seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Konstellationen das Land regiert, über exzellente Netzwerke und Verbindungen verfügt, die allerdings bislang nicht bereit war, ihre Privilegien zugunsten der Allgemeinheit aufzugeben.

Nawaz Sharif war bereits von November 1990 bis Juli 1993 und von Februar 1997 bis Oktober 1999 Pakistans Premierminister. Er gehört damit zur etablierten politischen Elite des Landes und gilt nach Asif Ali Zardari als zweitreichster Parteiführer des Landes mit einem geschätzten Einkommen von mehr als 14 Mrd. USD. Im Jahr 1993 wurde Nawaz Sharif von Benazir Bhutto, der Parteichefin der PPP, abgelöst, welche 2007 bei einem Attentat in Rawalpindi in der Provinz Punjab ermordet wurde, nachdem sie aus ihrem Dubai-Exil zurückgekehrt war und als einflussreiche Oppositionsführerin zur Parlamentswahl im Jahr 2008 kandidieren wollte. Stattdessen stellte sich ihr Ehemann, Asif Ali Zardari, zur Wahl, die er gewann.

Sharifs zweite Amtszeit wurde durch einen Militärputsch von General Pervez Musharraf gewaltsam beendet und Nawaz Sharif aufgrund von Korruptionsvorwürfen, die von Landesverrat bis hin zu Steuerhinterziehung reichten, ins Exil

nach Saudi-Arabien geschickt. Im Jahr 2001 wurden die Korruptionsvorwürfe zurückgenommen und 2007 kehrte er in seine Heimat zurück. Sharifs politische Karriere wurde vor allem durch die intensive Rivalität zu Benazir Bhutto geprägt, welche sich erst während ihrer Zeit im Exil leicht entspannte. Weiterhin galt Sharif als Ziehsohn von General Zia-ul-Haq, welcher im Jahr 1977 den damaligen Regierungschef Zulfikar Ali Bhutto, Benazir Bhuttos Vater, gestürzt hatte und aufgrund von Korruptionsvorwürfen hinrichten ließ. Zia regierte bis 1988 und implementierte eine Islamisierungspolitik, die Sharif in seiner ersten Amtszeit in Teilen reaktivierte.

Dennoch kann Sharif nicht als islamistischer Hardliner, sondern eher als pragmatischer Realpolitiker betrachtet werden. Als Eigentümer des Stahlkonglomerats Itefaq Group gilt er als einer der reichsten Männer des Landes. Er stammt ursprünglich aus Kaschmir, ehe seine Familie nach der Teilung Britisch-Indiens 1947 ins pakistanische Lahore umsiedelte. Unter der Verstaatlichungspolitik Zulfikar Ali Bhuttos verlor die Familie Sharif einen Großteil ihrer Unternehmen, was Sharif dazu motivierte, sich in der Politik zu betätigen und gleichzeitig die Rivalität zum Bhutto-Clan mitbegründet. 1980 wurde er zum Finanzminister und 1985 zum Gouverneur von Punjab ernannt und stieg schnell in der Gunst Zia-ul-Haqs, der ihm dann auch das verstaatlichte Stahlunternehmen wieder übereignete.

Nach seiner ersten Amtsübernahme verfolgte Sharif mit einem Privatisierungs- und Liberalisierungsprozess eine Bhuttos Nationalisierungspolitik entgegen gesetzte Wirtschaftsstrategie. Sein so genanntes „National Economic Reconstruction Programme“ (NERP)

sollte die wirtschaftliche Schlagkraft des Landes erhöhen, während er eine Kulturpolitik im Zeichen von Zia-ul-Haqs Islamisierungskampagne fortführte. Zwischen 1990 und 1993 wurden 115 Staatsunternehmen privatisiert. Auch wenn die Radikalität seiner Privatisierungspolitik harsche Kritik herausforderte, zeigte sie Erfolge: Zwischen 1990 und 1993 stieg das Wirtschaftswachstum von 4,6% auf 7,6%. 1997 gelang ihm eine furiose Rückkehr auf das politische Parkett, als er seine Widersacherin Benazir Bhutto bei den Parlamentswahlen mit 45,9% zu 21,8% besiegte und zum zweiten Mal Premierminister wurde. Erneut trug seine wirtschaftliche Reputation zu seinem Wahlsieg bei. Seine zweite Amtszeit wurde vor allem durch die Atomwaffentests 1998 als Reaktion auf die indischen Experimente geprägt. Die darauf folgende internationale Isolation führte zu ausbleibenden Hilfszahlungen aus dem Ausland, zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Situation und zum Konflikt mit dem Militär. Auch die militärische Auseinandersetzung mit Indien um Kaschmir 1999 ließ seine Reputation sinken. Anstatt den Vertrauensvorschuss der Wähler zu honorieren, hatte er das Land in eine schwere wirtschaftliche und politische Krise geführt. Als Konsequenz übernahm das Militär unter General Musharraf die Kontrolle, entmachtete Sharif und ein Militärtribunal verurteilte ihn zum Tode. Nur aufgrund der Intervention des saudischen Königs Fahd und des US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton wurde Sharif die Ausreise ins saudische Königreich gewährt.

### Das Ergebnis der pakistanischen Parlamentschaftswahlen 2013

Relativ überraschend gewann die PML-N unter Nawaz Sharif mit 184 Sitzen im Par-

lament die Wahlen mit deutlichem Vorsprung vor der PPP mit 42 Sitzen und der PTI mit 30 Sitzen (siehe Abbildung). Im Vorfeld der Wahl wurde vor allem Khans PTI zugetraut, die etablierten Kräfte PPP und PML-N mit unverbrauchten Slogans und einer großen Akzeptanz insbesondere bei den jungen Wählern herauszufordern. Dies gelang jedoch nur ansatzweise.

Pakistans Parteienlandschaft wird charakterisiert durch ihre Führungspersonen, ihren Opportunismus, ihrem Streben nach politischem Überleben und ihrer Bestechlichkeit. Dabei bestimmen vor allem die PML und die PPP seit Jahrzehnten die politische Landschaft Pakistans. Aufgrund der netzwerkartigen Klientelstrukturen der Volksparteien, der engen Verwobenheit zwischen Wirtschaft und Politik, der unzureichenden Regulierungsmechanismen und dem überragenden Einfluss des Militärs und des ISI ist es bislang nur wenigen Kräften gelungen, sich als neue Alternativen auf der politischen Bühne zu etablieren. Interessant wird daher zu beobachten sein, wie die PTI unter Führung von Imran Khan in den kommenden Jahren agieren wird.

PML-N und PPP sind die beiden traditionsreichsten Parteien Pakistans. Die Muslimliga fungierte unter dem Staatsgründer Muhammad Ali Jinnah (1876-1848) als Träger der Idee, Britisch-Indien zu teilen und einen Staat für die indischen Muslime zu gründen. Die PPP wurde 1967 von Zulfikar Ali Bhutto als sozialistisch orientierte Bewegung gegründet. Unter ihm gelang es der PPP schnell, sich als einflussreiche Kraft in Pakistan zu behaupten. Nach der Trennung Ost-Pakistans und der Gründung Bangladeschs 1971 gelang es der PPP, zum ersten Mal die politische Macht zu übernehmen, ehe

Bhutto 1977 von Zia-ul-Haq gestürzt wurde. Die PTI wurde erst 1996 gegründet und ist damit die jüngste der wichtigsten pakistanischen Parteien. So wie die PML-N in der jüngeren Geschichte von Nawaz Sharif („N“ steht für „Nawaz“) und die PPP durch den Bhutto-Clan dominiert wird, repräsentiert Imran Khan die PTI. Khan ist in Pakistan eine berühmte Person des öffentlichen Lebens. Als erfolgreicher Cricketspieler wurde er bereits während seiner Sportlerkarriere zum nationalen Helden, da er das pakistanische Cricketteam 1992 zum Weltmeistertitel führte; als Politiker geriert er sich als unbestechlicher Outlaw gegen das politische Establishment, dem es gelingt, die jungen Pakistaner mit seiner Ausstrahlung und seiner Rhetorik zu fesseln und politisch zu interessieren. Dennoch gehört er mit einem geschätzten Einkommen von 50 Mio. USD auch zur Oberschicht. Seine Vergangenheit als sportliche Legende und seine sozialen Aktivitäten helfen ihm bei seinem politischen Engagement und obwohl er eher als opportunistisch und kaum programmatisch gilt, genießt er den Ruf des unbestechlichen Ehrenmannes. Ebenso wie Sharif wurde er in Lahore geboren, ehe er in England, unter anderem in Oxford, studierte.

Interessanterweise gelang es den islamistischen Parteien erneut nicht, die Gunst der Wähler zu gewinnen. Bereits traditionell genießen die politischen islamistischen Kräfte in Pakistan wenig Rückhalt in der Bevölkerung, was beweist, dass in Pakistan zwar der Islam eine enorme soziale Bedeutung hat, in der Wahlhaltung der Bevölkerung jedoch nur eine geringe Rolle spielt. Auch wenn militante Islamisten in gewissen Provinzen stärkeren Einfluss gewonnen haben, droht dennoch keine flächendeckende „Radikalisierung“

im Sinne einer militanten Auslegung des Islams.

Grundsätzlich positiv wurde von internationalen Beobachtern der Wahlablauf gesehen, der trotz der fragilen Sicherheitslage innerhalb Pakistans vor allem im Sindh und Punjab friedlich und organisiert ablief. Bei Anschlägen kamen 38 Menschen ums Leben, dennoch blieben die befürchteten Gewaltexzesse der militanten Gruppierungen weitgehend aus. Dafür sorgte auch ein Aufgebot von landesweit 750.000 Sicherheitskräften. Allein in Karachi sollten 59.000 Soldaten und Polizisten die befürchteten Anschläge verhindern. Auch an der Rechtmäßigkeit der Wahlen bestehen keine Zweifel; Wahlmanipulationen konnten von unabhängigen Beobachtern nicht konstatiert werden. Die Wahlbeteiligung betrug 60%, was einen 16-prozentigen Anstieg gegenüber den letzten Wahlen 2008 bedeutete. Diese Entwicklung lässt sich auch auf eine gestiegene Zahl von Jungwählern zurückführen, die mit 16,9 Mio. bei den Unter-26-Jährigen und mit 12,7 Mio. der 26- bis 30-Jährigen bei einer Gesamtwahlbeteiligung von 85,4 Mio. Wählern sehr hoch lag. Damit war mehr als ein Drittel der Wählerschaft jünger als 30 Jahre. Dies lässt sich auch mit der hohen Popularität des neuen „Politstars“ Imran Khan erklären, der offenbar viele junge Wähler mobilisierte. Die Zahl der zur Wahl registrierten Frauen lag doppelt so hoch wie vor fünf Jahren, wenngleich es in Städten wie Karachi zu einschüchternden Übergriffen auf Wählerinnen kam, sodass viele der Wahl fern blieben.

### Wichtige Herausforderungen für Nawaz Sharif

Nawaz Sharif muss neben wirtschaftlichen Reformen vor allem eine Stabilisie-

rung der Sicherheitslage realisieren. Insbesondere die Bedrohung durch die pakistanischen Taliban, die Tehrik-e Taliban (TTP), stellt die pakistanischen Sicherheitskräfte weiterhin vor enorme Herausforderungen. Zahlreiche Anschläge und der langjährige, offenbar unbemerkte oder gar stillschweigend geduldete Aufenthalt von Usama bin Ladin in der pakistanischen Garnisonsstadt Abbottabad tragen dazu bei, dass Teile des Militärs und des ISI als Verbündete militanter islamistischer Gruppierungen wahrgenommen werden. Noch immer herrscht die Meinung vor, sich diese Bewegungen zu nutze machen zu können, um stärkeren Einfluss in Afghanistan erreichen zu können. Doch die Taktik des staatlichen „Marionettenspieler“ über die pakistanischen Taliban zahlt sich nicht aus. Im Gegenteil: Mittlerweile gehört der innerstaatliche Terror zum pakistanischen Alltag.

In seiner Vergangenheit geriet Sharif häufig mit dem Militär in Konflikte. Vor allem der Putsch von General Musharraf 1999 gegen ihn hat Sharif nachhaltig geprägt und zu Misstrauen gegenüber der Militärelite geführt. Dennoch wird und muss er eine Machtprobe mit dem Militär vermeiden wollen, dennoch wurde seine Wahl als Zeichen für einen langsamen Wandel in Pakistan gedeutet. Insbesondere in diesem Feld muss Sharif dennoch daran arbeiten, nicht nur den „Kampf gegen den Terror“ fortzuführen, sondern auch eng mit dem Militär und dem Geheimdienst zu kooperieren, um dessen Absichten und Strategien einsehen und mitgestalten zu können. Dass dies vor dem Hintergrund Sharifs und seines ambivalenten Verhältnisses zum Militär kompliziert werden dürfte, scheint offensichtlich, zumal das ISI und das Militär seit Generationen als „Staat im Staate“ agiert und sich einem zivilen Po-

litiker nur widerwillig unterordnen dürfte. Pakistan gilt nicht zu Unrecht als „Kasernenhofdemokratie“, in der die meiste Zeit das Militär regierte und als Wirtschaftsmagnat über enormen Einfluss auf Recht, Politik und Wirtschaft ausübt. Allein eine Million Soldaten und 966.000 Reservisten machen Pakistan zu einem hochgradig militarisierten Staat im globalen Vergleich. Die Ausgaben für das Militär betragen 2012 etwa 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

In diesem Zusammenhang muss Sharif auch auf eine Entspannung mit dem „Erzfeind“ Indien drängen. Einerseits könnte dies eine Ausweitung des bilateralen Handels, andererseits eine politische Konsolidierung der angespannten Lage der Nachbarländer bedeuten. Pakistan sieht in Indien noch immer den großen Rivalen, mit dem man sich wirtschaftlich, militärisch, kulturell und politisch messen müsse. Vor diesem „indischen Trauma“ verkennen vor allem die militärischen Eliten in Pakistan die eigentlichen Bedürfnisse: Immerhin droht derzeit keine akute militärische Gefahr durch den Atomstaat Indien, sondern von inländischen militanten Kräften. So müsste sich das Militär viel intensiver auf den inländischen Anti-Terror-Kampf konzentrieren, als seine Ressourcen zu großen Teilen auf einen möglichen Konflikt mit Indien zu konzentrieren. Sharif sollte dabei politisch darauf einwirken, das Verhältnis zum Nachbarn zu normalisieren, um der „Indienmanie“ vieler Pakistaner entgegenzuwirken, was gleichzeitig Ressourcen für die eigentlichen Herausforderungen freigeben würde.

Als drittes wichtiges Feld muss Sharif Wirtschaftsreformen vorantreiben, um die desaströse Lage der pakistanischen Wirtschaft zu verbessern, an der internationa-

len Reputation zu arbeiten und ausländische Investoren ins Land zu holen. In diesem Bereich bieten sich ihm auf Grund seiner Vergangenheit und seiner Kontakte die besten Möglichkeiten für einen Erfolg. In seiner ersten Amtszeit gelang es ihm bereits einmal, mit einer massiven Privatisierungskampagne einen leichten wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Dies ist auch jetzt notwendig, da Sharifs Wähler insbesondere in seine Wirtschaftskompetenz große Hoffnungen gelegt haben, welche er jetzt erfüllen muss. Demzufolge geht es auch darum, die jahrzehntealten Probleme des pakistanischen Wirtschaftssystems zu lösen, welches auf einer extrem niedrigen Steuerquote und dem enormen Einfluss von Großgrundbesitzern beruht.

Beides verringert Staatseinnahmen und stärkt die Ausweitung von Schattenwirtschaft sowie Korruption. Dennoch erscheint es unwahrscheinlich, dass Sharif in der Lage und willens sein wird, diese fundamentalen Probleme der pakistanischen Wirtschaft anzugehen. Die Lobby der Großgrundbesitzer wird auch in Zukunft sehr mächtig bleiben, sodass sich Sharif mit diesem Akteur keinen Konflikt leisten darf.

Eine deutliche Steuererhöhung könnte zu sozialen Protesten führen, sodass Sharif klug austarieren muss, welche Zumutungen dem pakistanischen Volk aufzubürden sind, ohne dessen Unterstützung zu verlieren. Weiterhin wird er versuchen, den wirtschaftlichen Austausch mit den Nachbarländern zu intensivieren. Insbesondere China soll in Zukunft ein noch wichtigerer Partner für Pakistan werden. So besuchte Sharif direkt nach seinem Amtsantritt die Volksrepublik, um über intensivere Zusammenarbeit im Solarsektor zu sprechen.

Im Inland drohen religiöse Konflikte weiter zuzunehmen. Übergriffe sunnitischer Muslime auf Schiiten, die Unterdrückung der Ahmadiyya-Gemeinde, die konservativen Blasphemiegesetze und die Ermordung von wichtigen Vertretern der liberalen Zivilgesellschaft zeugen davon, dass in Pakistan ein kultureller Konflikt um die Identität des „Staates für die südasiatischen Muslime“ begonnen hat.

Hierbei stehen sich die unterschiedlichen Gruppen zunehmend an verhärteten Fronten gegenüber, emotionalisieren ihre Ansichten und zeigen ihre Unfähigkeit zum Kompromiss. Pakistan als multikonfessionelle Gesellschaft sucht immer noch seine nationale Identität. Seit der Gründung 1947 ist es nicht gelungen, eine nationale Einheit über Werte zu konstruieren, welche über regionale, tribale oder konfessionelle Identitäten hinausführt. Stattdessen bestimmen Ressentiments aufgrund der Herkunft, des Glaubens oder der Schichtenzugehörigkeit das Zusammenleben.

Sharif, als Vertreter der unternehmerischen Elite und als konservativer Muslim, fällt die Aufgabe zu, Gräben zuzuschütten, Konflikte zu überwinden und neues Vertrauen in das soziale Miteinander zu schaffen. Ob er dazu in der Lage sein oder nicht eher eine klientelistische Politik führen wird, muss sich zeigen. Allerdings sollte er die innergesellschaftlichen Zentrifugalkräfte nicht verkennen oder unterschätzen, da sonst gewalttätige Übergriffe der einzelnen Gruppen und sozialer Protest folgen könnten.

Dem sehr skeptischen Ausland muss Sharif verdeutlichen, dass er seine Ankündigungen (Antiterrorkampf, Bekämpfung der Korruption, Wirtschaftsreformen) umsetzen will, um auf interna-

tionale Unterstützung des Auslands zu hoffen. Pakistan ist angewiesen auf die Hilfgelder vieler Geberländer und muss sich daher bemühen, nicht allein Nehmer sondern auch Geberqualitäten zu zeigen.

Sharif muss beweisen, dass er ein verlässlicher Partner für die internationale Gemeinschaft ist. Bislang verfügt er über einen Vertrauensvorschuss, aber insbesondere die USA und auch Europa zeigen sich gegenüber Pakistan misstrauisch: Die US-amerikanische Administration sowie die Regierungen vieler EU-Mitglieder sehen Pakistan zunehmend als Destabilisierungsfaktor, als „Fass ohne Boden“, als Sammelbecken des internationalen Terrorismus und als tickende Zeitbombe aufgrund der Nuklearwaffenarsenale.

Dieser Perzeption muss sich Sharif mit offener Ehrlichkeit und einer klugen Kombination aus Selbstbewusstsein und Demut stellen. Er sollte auf die Potenziale seines Landes hinweisen, auf den politischen Willen, Probleme zu lösen und Fehler einzuräumen, gleichzeitig aber auch betonen, dass nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung die vielfältigen Herausforderungen des Landes gelöst werden können.

Als international erfahrener Politiker verfügt er über die rhetorische Fähigkeit, um Vertrauen für seine Politik zu werben, muss sich aber spätestens ab Frühjahr 2014 an Ergebnissen messen lassen. Dazu zählt auch, das Verhältnis zu den USA zu verbessern, welches durch den US-amerikanischen Alleingang bei der Ermordung von bin Ladin und den Drohnenangriffen auf pakistanischem Territorium in der Vergangenheit stark gelitten hat. So ist die militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen

den USA und Pakistan fast zum Erliegen gekommen. Nicht nur in diesem Bereich sollte Sharif vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen, ohne die Interessen Pakistans zu negieren, was sonst die anti-amerikanische Einstellung vieler Pakistaner enttäuschen würde.

### Fazit

Ob Nawaz Sharif zum dritten Mal sich und Pakistan glücklich machen kann, wie der *Economist* fragte, wird die Zukunft zeigen. Trotz der harten Konkurrenz durch aufstrebende politische Kräfte wie Imran Khan gelang es Sharif, sich mit einem Rekordergebnis durchzusetzen. Dies dürfte ihn beflügeln und bewirkt eine gewisse Sicherheit, auch kontroverse Entscheidungen um- und durchzusetzen. Dennoch wird Sharif bei vielen Pakistanern und auch internationalen Beobachtern kritisch wahrgenommen: Seine beiden letzten Amtszeiten endeten in der wirtschaftlichen und politischen Krise, sein Verhältnis zum Militär bleibt angespannt und außerdem gilt er vielen als traditioneller Vertreter des korrupten politischen Establishments. Es bestehen Hoffnungen, dass Sharif seine Politik im Vergleich zu seinen früheren Amtszeiten modifizieren wird und den Ausgleich mit seinen Konkurrenten sucht, um nicht allein die eigene Macht zu konsolidieren, sondern die mannigfaltigen Probleme des Landes zu lösen versucht. Dies kann ihm nur gelingen, wenn er partei- und interessensgruppenübergreifend agiert, auch politische Gegner wie Khan respektiert und mit ihnen diskutiert, die ethnischen und religiösen Minderheiten schützt und das Verhältnis zu Indien, den USA, Afghanistan und dem Militär normalisiert.

Grundsätzlich positiv muss der Wahlprozess als solcher bewertet werden, der



weitgehend frei, transparent und demokratisch ablief, sodass Sharif ohne Frage über die demokratische Legitimation einer Mehrheit verfügt. Ob es ihm gelin-

gen wird, dieser Regierungsverantwortung diesmal gerecht zu werden, müssen die kommenden Monate und Jahre zeigen.

*Abbildung: Sitzverteilung bei den Parlamentswahlen 2013*

Partei	Anzahl der Parlamentssitze
PML-N	184
PPP	42
PTI	30
Muttahida Qaumi Movement (MQM)	23
Jamiat Ulama-e-Islam (F)	12
Pakistan Muslim League (F)	5
Jamiat-e Islami	4
Pukhtoonkhwa Milli Awami Party	3
National Peoples Party	3
Pakistan Muslim League	2
Awami National Party	1
Qaumi Watan Party (Sherpao)	1
Pakistan Muslim League (Z)	1
National Party	1
Awami Muslim League Pakistan	1
Awami Jamhuri Ittehad Pakistan	1
All Pakistan Muslim League	1
Unabhängig	8

Quelle: National Assembly of Pakistan, 22.07.2013.

## Impressum

### Herausgeber

Deutsches Orient-Institut

Jägerstraße 63 D - 10117 Berlin  
Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21 - Fax: +49 (0)30-30 64 10 29  
doi@deutsches-orient-institut.de  
www.deutsches-orient-institut.de

**Copyright:** Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Die DOI-Kurzanalysen geben ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

### Autoren

Sonia Khawaja  
Sebastian Sons

### Chefredaktion

Sebastian Sons

### Layout

Hui Pieng Lie

### Editoren

Anna Fleischer  
Susen Hollmig

**Vorstand***Vorsitzender des Vorstandes*

Dr. Gerald Bumharter  
General Manager ABC International Bank plc

*Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes*

Henry Hasselbarth  
Vice President North & Central Europe a.D.  
Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler  
Mitglied des Beirates im NUMOV  
Nahostberatung

Helene Rang  
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV  
Helene Rang & Partner

*Weitere Mitglieder des Vorstandes*

S.E. Ali Bin Harmal Al Dhaheri  
Chairman of the Executive Board of Governors  
Abu Dhabi University

Prof. Dr. Christina von Braun,  
Vorsitzende des Lehrstuhls für Kulturgeschichte und Gender  
Studies Humboldt Universität zu Berlin  
Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff, MdB  
Mitglied des Deutschen Bundestags

Philipp Lührs, Regional Vice President  
Deugro Middle East Regional Headquarters

Saffet Molvali  
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack, Botschafter a.D.  
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger  
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Dr. Rainer Seele  
Vorsitzender des NUMOV,  
Vorstandsvorsitzender Wintershall Holding GmbH

Dr. Gerhard Schäfer  
Leiter Wirtschaft und Politik a.D., Porsche AG

Prof. Dr. Susanne Schröter  
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster  
„Herausbildung normativer Ordnungen“  
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz  
Sprecher der Geschäftsführung a.D.  
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

**Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung***Präsident*

Günter Gloser, MdB, Staatsminister a.D.  
Mitglied des Deutschen Bundestags

*Stellvertretender Präsident*

Prof. Dr. Mathias Rohe  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-  
Nürnberg, Juristische Fakultät

*weitere Mitglieder des Kuratoriums*

Prof. Dr. Yousef Abdul Ghaffar  
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Klaus-Uwe Benneter  
HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Dr. Wolf-Ruthart Born  
Staatssekretär a.D.

Dr. Ralf Brauksiepe  
Parlamentarischer Staatssekretär  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann  
Journalist

Jürgen Chrobog  
Staatssekretär a.D.  
Mitglied des Vorstandes im NUMOV  
Vorsitzender der BMW Stiftung Herbert Quandt

Thomas Ellerbeck  
Mitglied im Beirat des NUMOV  
Direktor Unternehmenskommunikation und Politik  
Vodafone D2 GmbH

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman  
Steinbeis Universität Berlin  
Institut "Global Consulting and Government"

Stephan Hallmann  
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen  
HR Politik und Zeitgeschehen Aussenpolitik

Prof. Dr. Michael Köhler  
European Commission

Nizar Maarouf  
Vice Director Vivantes International Medicine

Burkhardt Müller-Sönksen, MdB  
Mitglied des Deutschen Bundestags

Prof. Detlef Prinz  
Inhaber, PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe  
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle  
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt  
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil  
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse  
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L  
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz  
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten  
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens  
Repräsentant der Weltbank a.D.

Wilhelm Staudacher  
Staatssekretär a.D.

Dr. Willi Steul  
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz, Chairman  
Deutsches Nationales Komitee Weltenergieerat

Serkan Tören, MdB  
Mitglied des Deutschen Bundestags

RA Rainer Wietstock  
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft